



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	Grünliberale fordern Transparenz und Sicherheit in der Kernkraftwerkfrage, insbesondere bezüglich der Kernkraftwerke Mühleberg und Fessenheim (F)
Für Rückfragen	Martin Bäumle, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	24. März 2011

Die Grünliberalen waren, sind und bleiben klare Gegner der veralteten Kernenergie, deshalb steht die glp für eine klare und schrittweise Ausstiegsstrategie ein. Leider musste wieder eine Katastrophe der Menschheit vor Augen führen, dass die Kernenergie unbeherrschbare und damit unverantwortbare Risiken birgt. Die Grünliberale Partei Schweiz fordert für alle Schweizer Kernkraftwerke und ebenso für die in umliegenden Ländern liegenden Kernkraftwerke – insbesondere jene, an denen Schweizer Unternehmen beteiligt sind –, umgehend absolute Transparenz über deren Zustand und allfällig notwendige Massnahmen bezüglich Sicherheit. Dabei muss ein spezieller Fokus auf zwei der ältesten Meiler – Mühleberg und Fessenheim (F) – gelegt werden.

Ende März wird der Bericht des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorates (ENSI) zur Sicherheit der Schweizer Kernkraftwerke und insbesondere zum KKW Mühleberg vorliegen. Falls der Bericht zum Schluss kommt, dass eines der KKW's (insbesondere Mühleberg) die Sicherheitsvorschriften, welche sich als Folge von Fukushima aufdrängen, nicht oder noch nicht erfüllt, muss dieses KKW zumindest vorübergehend vom Netz genommen werden, bis die notwendigen Massnahmen zur Behebung der Mängel umgesetzt sind. Die Grünliberalen fordern in diesem Zusammenhang die Sicherheitsbehörden auf, neben den Fragen der Erdbeben-, Überschwemmungs- und Kühlbeckensicherheit auch die Verkettung von mehreren Faktoren inkl. menschlicher Fehlentscheidungen und weitere externe Faktoren inkl. mutwilliger Eingriffe durch z.B. Terror genau zu prüfen. Zudem sind schon lange bekannte unnötige Zusatzrisiken möglichst auszuschalten und in Zukunft auf den Einsatz von Mischoxidbrennstoffen (Plutoniumbrennstoff) zu verzichten. Weiter verlangen die Grünliberalen die Überprüfung der nachweislich risikohöhernden Leistungssteigerung beim KKW Leibstadt.

Falls aus den Analysen geforderte Nachrüstungen und Anpassungen aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen angesichts der Restlaufzeit nicht opportun wären bzw. nicht innerhalb angemessener Fristen möglich sein sollten, sehen die Grünliberalen keine Alternative zu einer definitiven Ausserbetriebnahme des betroffenen KKW's. Das Credo muss in jedem Fall klar heissen: „safety first“.

### **Die Schweiz steht insbesondere auch beim KKW Fessenheim in der Verantwortung**

Die Grünliberalen halten weiter fest, dass sowohl Schweizer Städte und Kantone weiter Strom aus französischen Kernkraftwerken beziehen. Insbesondere aus dem grenznahen KKW Fessenheim (F), welches wegen Störfällen und Sicherheitsmängeln stark in der Kritik steht. Die Stromkonzerne in städtischer und/oder kantonaler Hand sind gefordert, bei diesen KKW's die gleichen Massnahmen wie bei Schweizer KKW's einzufordern. Falls diese nicht umgesetzt werden, muss konsequenterweise auf den Strombezug aus solchen Anlagen verzichtet und eine Schliessung eingefordert werden. Nichts wäre für die Grünliberalen zynischer als eine Abschaltung eigener KKW's zu fordern oder umzusetzen und weiter Strom aus einem noch umstritteneren KKW aus dem Ausland zu beziehen.

### **Ausstiegsstrategie beibehalten**

Die Grünliberalen sind stets für den schrittweisen Atomausstieg eingetreten und haben sich klar gegen neue KKW gestellt, zuletzt bei der Abstimmung über das neue KKW Mühleberg II diesen Februar. Diesen Weg wird die Partei konsequent weiterverfolgen, unabhängig von den aktuellen tragischen Ereignissen und der aktuellen Sicherheitsdebatte. Neben dem nie auszuschliessenden Risiko eines Unfalls ist auch die Lagerung der radioaktiven Abfälle nach wie vor ungelöst und

hinterlässt Altlasten. Dies führt zu einem unverantwortlichen Risiko für unsere Umwelt und die kommenden Generationen, welche auch künftig in einer lebenswerten Schweiz leben möchten.

Zudem ist die Atomenergie ökonomisch nicht nachhaltig. Würde man im Bereich der Atomenergie – wie von der gfp national bereits mehrfach gefordert – die Kostenwahrheit herstellen und die Lagerung und die Entsorgung des Atommülls, die Rückbaukosten eines Atomkraftwerks und v.a. auch die ungedeckten Risiken der Atomenergie in den Strompreis einrechnen, wäre dieser schon heute massiv teurer. Es ist höchste Zeit, mit der direkten und indirekten Subventionierung dieser veralteten Technologie aufzuhören und den Umstieg auf die erneuerbaren Energiequellen voranzutreiben.

Die Grünliberalen stehen seit Jahren für einen Weg ohne neue Grosskraftwerke (gleich dem Szenario IV des Bundes) ein, welcher auf Energieeffizienz und Erneuerbare setzt und mit einer gezielten Energieaussenpolitik zu verknüpfen ist. Ein solcher Weg ist ökonomisch nachhaltig und ermöglicht den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Dieser Weg ist volkswirtschaftlich sinnvoll und bezüglich dem Klimaschutz 3-4-mal effektiver als ein Weg über zwei neue KKW's.

Nachhaltig für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt.